

Josef Taus

„FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE
VOLKSPARTEI WAR DIE
GRÜNDUNG DER EVP EINE
NIEDERLAGE“



Josef Taus, geboren am 8. Februar 1933 in Wien, Studium der Rechtswissenschaften, Mag. jur. Dr. jur., 1959–1963 Konsulent im Bundesministerium für Finanzen, 1966/67 Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und Verstaatlichte Unternehmungen, 1967–1975 Aufsichtsratsvorsitzender der Österreichischen Industrieholding AG (ÖIAG), 1968–1975 Vorstandsvorsitzender der Girozentrale, 1971–1974 stellvertretender Obmanns des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB), 1975–1991 Abgeordneter zum Nationalrat, 1970–1975 und 1983–1991 Bereichssprecher der ÖVP für Verstaatlichte Industrie, 1975–1979 Bundesparteiobmann der ÖVP und 1978/79 Vorsitzender der EDU, 1989–1991 Finanzreferent der ÖVP, seit 1989 Vorstand der Management Trust Holding AG.

Das Interview fand am 21. Juni 2011 in Wien statt und wurde geführt von Johannes Schöner.

Danke, dass Sie sich heute Zeit für unser Gespräch nehmen. Ich habe in Vorbereitung auf dieses Gespräch das Archiv des KvVI nach Reden, politischen Konzepten und Briefen von Ihnen durchsucht, die außenpolitisch von Relevanz sind. Ich habe darin einen Vortrag von Ihnen gefunden „Rede Dr. Josef Taus: Die Außenpolitischen Vorstellungen der ÖVP“ vor der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und internationale Beziehungen“, gehalten am 24. Jänner 1977. Darin skizzieren Sie einen klar europaorientierten Kurs unter besonderer Betonung der wirtschaftlichen Ausrichtung.

Eines vorweg: Ich habe grundsätzlich in der Politik immer alles selber geschrieben, Reden genauso wie Aufsätze, ich war lange Zeit Ghost-

writer für führende politische Funktionäre und Mandatäre und ein solcher Ghostwriter ist in der Regel nicht in der Lage, sich eine Rede schreiben zu lassen. Ich war Berater im Finanzministerium, als Josef Klaus²⁷ Finanzminister war und vorher schon bei Eduard Heilingsetzer.²⁸ Damals hat mich Dr. Klaus zu meiner Überraschung übernommen. Ich sage deshalb „Überraschung“, denn ich habe in der Volkspartei zu jener Zeit einer anderen Gruppe der Partei angehört; einer Gruppe, die im Augenblick nicht an den Schalthebeln der Macht saß. Auch wenn ich in manchen Dingen eine andere Meinung hatte. Klaus selbst kam aus der Arbeiterkammer. Das hat mir seinerzeit Karl Kummer²⁹ so erzählt, dass Klaus seine Laufbahn nach dem Jusstudium bei der Arbeiterkammer begonnen hat. Er hat im Jahre 1933 oder 1934 in der Arbeiterkammer begonnen, ich glaube in der „wirtschaftspolitischen Abteilung“, deren Chef damals Benedikt Kautsky³⁰ war, der Sohn des berühmten Karl Kautsky.³¹

Was die eigentliche Frage betrifft: Für mich stand immer außer Frage, dass eine wirtschaftliche Integration in Europa sinnvoll ist. Jede daran folgende politische, auch außenpolitische Betonung im Rahmen der Integration war für mich nachrangig.

Sie zitieren mehrmals in dieser Rede den damals prominenten und einflussreichen österreichischen Sozialisten Fritz Klenner³² und sein Buch „Das große Unbehagen“³³, wo er hinweist, dass es verschiedene Stimmen und Auffassungen in den europäischen Sozialdemokratien gab und gibt. Es ging ja Mitte der 1970er Jahre um die Auseinandersetzung mit Bruno Kreisky und selbst Klenner betonte, so homogen wie oftmals dargestellt, wären auch die Sozialdemokraten nicht gewesen.

27 | Josef Klaus (1910–2001), österreichischer Politiker der ÖVP, 1961–1963 Finanzminister, 1964–1970 Bundeskanzler seines Landes.

28 | Eduard Heilingsetzer (1905–1997), österreichischer Politiker der ÖVP, 1960/61 Finanzminister seines Landes.

29 | Karl Kummer (1904–1967), österreichischer Politiker der ÖVP, Mitglied und Generalsekretär des ÖAAB.

30 | Benedikt Kautsky (1894–1960), österreichischer Wirtschaftswissenschaftler und Politiker der sozialistischen Partei, gilt als Mitautor des 1959 verabschiedeten Godesberger Parteiprogramms der deutschen SPD.

31 | Karl Kautsky (1854–1938), österreichisch-deutscher Philosoph und sozialistischer Politiker, Zeitgenosse und Bekannter von Karl Marx, Friedrich Engels und August Bebel.

32 | Fritz Klenner (1906–1997), österreichischer Politiker der sozialistischen Partei, 1958–1961 Mitglied des Nationalrats.

33 | Fritz Klenner: *Das große Unbehagen*. Wien 1960.

Beim SPÖ-Bundesparteitag Ende der 1960er hat die sozialistische Gewerkschaftsfraktion Hans Czettel³⁴ für den Parteivorsitz präsentiert, der war damals Innenminister. Bruno Kreisky hat seine Chance durch die sozialistischen Landeshauptleute bekommen, soweit ich weiß und hat sie genutzt, Kreisky war eben ein erstklassiger Taktiker. Das war er wohl auch in der SI.

Wir sind schon mitten in der österreichischen Zeitgeschichte. Manche in der ÖVP hatten die Außenpolitik nicht nur als politisches Mittel „per se“ gesehen. Diese Gruppe betonte vor allem die politische Eigenständigkeit der Außenpolitik. Sie waren eher ein pragmatischer „Parteiaußenpolitiker“. Dieses Modell einer aktiven, doch zugleich pragmatischen Parteiaußenpolitik hatte schon unter Klaus begonnen. Wie die Entwicklungen rund um die internationalen Treffen in Kleßheim³⁵ später gezeigt haben. Die österreichische Außenpolitik war natürlich nicht vom Einfluss und von ihren Möglichkeiten vergleichbar mit Deutschland, Österreich ist eben ein kleines Land. Die KAS der CDU oder die HSS der CSU hatten im Laufe der Jahre Schwerpunkte gesetzt. Nicht zuletzt dank ihrer finanzieller Ressourcen. Doch um Initiativen zu setzen und ein enges Netzwerk zu flechten, sind nicht zwingenderweise große finanzielle Mittel notwendig. Darin lag die österreichische Stärke. Ich möchte nur ganz kurz auf Ihr Zitat aus der Rede vom Jänner 1977 zurückkommen. Es ging darin um die europäische Integrationspolitik Mitte der 1970er Jahre. Es stand die immer wiederkehrende Frage im Raum: Wie kann man sich weiter an Kern-europa annähern?

Ich zitiere Josef Taus: „Wir glauben, dass es notwendig sein wird, jenen Weg fortzusetzen, der es Österreich bei voller Aufrechterhaltung

34 | Hans Czettel (1923–1980), österreichischer Politiker der sozialistischen Partei, 1964–1966 Innenminister seines Landes.

35 | Die „Kleßheimer Gespräche“, benannt nach dem Schloss Kleßheim in der Nähe der Stadt Salzburg, waren ab den 1970er Jahren regelmäßige Zusammenkünfte europäischer christdemokratischer und konservativer Parteiführer. Im Rahmen dieser Gespräche wurde auf christdemokratischer Parteebene erstmals über Themen wie z. B. Privatisierung, Umweltschutz, Hochtechnologie und Satellitenfernsehen diskutiert. Ferner wurden politische Zielsetzungen im Hinblick auf die europäische Integration besprochen. Darüber hinaus fanden in Kleßheim seit den frühen 1970er Jahren Diplomatentreffen und politische Kongresse statt. Am 2. Juli 1982 wurde die „Kleßheimer Deklaration“ verabschiedet, in der die Prinzipien der EDU als Gegenstück zur SI verkündet wurden.

seiner Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit erlaubt, maximal an den europäischen Integrationsbestrebungen teilzunehmen“. Und Sie ergänzen: „Der Europarat als Ort der Zusammenarbeit der freien Demokratien Europas ist heute leider in seinen Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft.“

Der Europarat hat heute auch an Bedeutung verloren, hat in der heute bestehenden Form seinen politischen Zenit überschritten. Ob der Europarat überhaupt seine Existenzberechtigung verloren hat, kann ich nach den vielen Jahren abseits der aktiven Politik klarerweise nicht beantworten. Ich war für Integration, weil ich Angst hatte, dass wir wieder irgendwo überbleiben, obwohl ich die Risiken immer gesehen habe. Ich war kein Fanatiker, sagte aber immer, dass uns nichts anderes übrigbleibt. Wir wären nie in die EG, später dann EU, hineingekommen, wenn es die Wende 1989 nicht gegeben hätte, die Sowjetunion hätte wahrscheinlich nicht zugestimmt.

An einer anderen Stelle in dieser Rede führen Sie aus: „In diesem Zusammenhang darf ich betonen, dass [...] die Österreichische Volkspartei im grenzüberschreitenden Regionalismus, wie er sich in der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer zeigt, ein völkerverbindendes, die europäische wirkliche Einheit förderndes Mittel ist.“ Damit drücken Sie die zweite „Schiene“ der österreichischen Außenpolitik aus: Ohne die nachbarschaftliche Einbettung in regionale Interessensverbände ist die große, übergeordnete „Europa-Linie“ undenkbar. Sie kommen aus dem Karl Kummer-Institut, das sich mit sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen auseinandersetzt. Sie waren und sind ÖAAB-Mitglied und Gewerkschaftsmitglied, obwohl auch gleichzeitig Wirtschaftstreibender und Unternehmer. Sie sind also jemand, der beide Seiten dieser Politik kennt, einschließlich der damit verbundenen realpolitischen Auswirkungen auf gesellschaftliche Gruppen.

Ich komme aus einer Arbeiterfamilie. Mein Vater war ein Bauernbub aus Niederösterreich, hatte selbst neun Geschwister. Dort bin ich zeitweise auf dem Hof aufgewachsen und hatte sehr nette Eltern, die schwer gearbeitet haben. Mein jüngerer Bruder, Hans Taus, betreibt ein Möbelgeschäft in Wien. Da haben Sie recht: Ich habe den Blick auf die Menschen hoffentlich nie verloren. Mir war immer wichtig zu sehen, welche Ergebnisse bringen politische Entscheidungen für die Menschen. Vielleicht waren mir abstrakte außenpolitische Formulierungen, die gut geklungen haben, aber im Grunde nur Worthülsen waren, oftmals fremd

geblieben. Kann sein, dass das auch für manche Entwicklungen im Rahmen der Europäischen Christdemokratie der Fall war.

Meine Einstiegsfrage in das Thema jetzt: Welchen Stellenwert nahmen überhaupt diese internationalen Kooperationen im Rahmen der Gesamtpartei ein? Ich meine den Zeitraum 1965 bis 1979, also in der Zeit, in der Sie sowohl Regierungsmitglied unter Bundeskanzler Josef Klaus als auch dann später in der Oppositionszeit, als Sie Oppositionsführer gegen einen mit absoluten Mehrheiten ausgestatteten Bruno Kreisky waren. Wir reden hier von innen- wie auch außenpolitischen immens brisanten Zeiten. Die Ölkrise war für alle spürbar, der linke Terrorismus in der Bundesrepublik und in Italien zeigte die Verletzlichkeit unserer Demokratien. Der Ost-West-Konflikt hatte einen weiteren Höhepunkt erreicht, der Anti-Amerikanismus war in Westeuropa stark ausgeprägt – in Österreich vielleicht etwas abgeschwächt. Wir hatten Mitte der 1970er Jahre eine Zeitlang eine wirtschaftliche Hochkonjunktur gehabt. Kreisky konnte leichter Geld investieren und damit volksnahe Politik betreiben. Wie würden Sie die außenpolitischen Modelle der Volkspartei beschreiben? Ich möchte bewusst die Obmänner der ÖVP nennen, die Ihre Vorgänger waren: Josef Klaus, heute bereits erwähnt. Karl Schleinzer³⁶ – der hat wenig Akzente gesetzt, vielleicht auch nicht setzen können. Die Außenpolitik hatte zweifellos für Schleinzer keine Priorität. Auch für Klebheim 1978 ist das nicht ganz unwichtig. Klaus und Schleinzer waren Ihre direkten Vorgänger, Alois Mock war der spätere Nachfolger von Ihnen. Die Erhaltung des Staatsvertrages und die Erlangung der Neutralität waren der klar definierte Rahmen der Außenpolitik gewesen und geblieben.

Wenn ich ein Politiker bin, dann ein Wirtschaftspolitiker und es war für mich daher logisch, dass die Wirtschaft in den 1970er Jahren absehbarerweise in eine Liberalisierungsphase geht. Da war die EG nicht anders ausgerichtet. Wirtschaftspolitisch wurde die EFTA als Hilfskonstruktion gegründet, damit die Engländer einen Platz bekommen. Dann haben sich bei uns schon sehr früh Bewegungen in der Politik entwickelt, um in die EWG hineinzukommen; doch mit ihrem Hauptanliegen sind sie alle gescheitert. Das war bereits in der Regierung Klaus so und hat uns als Volkspartei politisch viel gekostet. Da ist viel politisch schiefgegangen, obwohl es von der grundsätzlichen Linie her richtig

36 | Karl Schleinzer (1924–1975), österreichischer Politiker der ÖVP, 1970/71 Generalsekretär seiner Partei, 1971–1975 Bundesparteiobermann.

war, aber 1966/67 war es eben noch zu früh. Damals war meines Erachtens noch keine Möglichkeit dazu. Ich bezweifle aber stark, dass eine stärkere Vernetzung im Rahmen der europäischen Christdemokratie an diesem Scheitern Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre irgendetwas geändert hätte, außer dass wir ein paar Parteiführertreffen mehr gehabt hätten. Manches in der Außenpolitik hat uns schlicht und einfach nicht berührt, weil es uns einfach nicht betroffen hat. Was hätten wir z. B. zur Aufrüstung in der NATO schon offiziell sagen können?

Doch zurück zum Anfang: Ich war 1966/67 junger Staatssekretär, hatte wohl mit der Verstaatlichten Industrie eine schwierige Funktion gehabt und die ÖVP hatte damals einen Antrag auf Aufnahme in die EG gestellt. Da gab es im Ministerrat eine Diskussion, an der ich teilgenommen habe und über die sich Bundeskanzler Klaus, den ich ungemein geschätzt habe, sehr geärgert hat. Ich meinte dazu, dass ich selbstverständlich sehr europäisch denke, aber dass ich zu diesem Zeitpunkt nicht versuchen würde, EWG-Mitglied zu werden. Ich hielt es damals für einen Fehler. Ich gebe zu, dass ich von routinierten österreichischen Diplomaten, die der ÖVP nahestanden, beeinflusst war. Manche Sachen müssen eben reifen. Ich habe wie eben erwähnt über meinen Freund Manfred Scheich³⁷, der Sekretär von Staatssekretär Carl H. Bobleter³⁸ war, Kontakt zu diesen österreichischen Diplomaten gehabt. Scheich war zweifellos einer der talentiertesten jungen österreichischen Diplomaten. Scheich war dann viele Jahre österreichischer Botschafter bei der EU. Jedenfalls meldeten sich damals im Ministerrat einige Ressortchefs dagegen, hatten Bedenken und meinten, dass es schwierig werden würde.

Außenpolitische Entwicklungen lesen sich mitunter derart, als würden sie logisch und zwangsläufig zu einer bestimmten Entwicklung führen. So als stünde ein übergeordneter „Masterplan“ dahinter. Schritt für Schritt – nicht zuletzt dank parteipolitischer Aufbereitung des Terrains. Zu Ihrer aktiven politischen Zeit organisierte sich die euro-

37| Manfred Scheich (geb. 1933), österreichischer Diplomat und Mitglied der ÖVP, 1995–1999 Leiter der Österreichischen Vertretung bei der EU.

38| Carl Heinz Bobleter (1912–1984), österreichischer Diplomat und Politiker der ÖVP, 1964–1968 Staatssekretär im Außenministerium.

päische Christdemokratie in der EUCD. Hat Fritz Bock³⁹, dem diese parteipolitischen Netzwerke ja in seine integrationspolitischen Absichten hätten passen müssen, Ihrer Erinnerung nach genützt? Hat das irgendwie ein Umdenken bewirkt?

Bock hat nicht mehr viel machen können. Ich glaube auch nicht, dass Fritz Bock in der EUCD einen großen realpolitischen Wert sah. Er schied dann ja aus der Regierung aus bzw. Hermann Withalm wurde daraufhin Vizekanzler. Fritz Bock wurde schlussendlich Aufsichtsratspräsident der Creditanstalt-Bankverein.

Kurz nachdem Sie 1975 Obmann der ÖVP geworden waren, haben Sie sich auch zur Integrationspolitik geäußert. Der Tenor dabei war: Wir treten nicht der EWG bei, wenn wir uns keine wirtschaftlichen Vorteile erwarten. Das macht jeder, aus reinen politischem Idealismus geht man sicher nicht dazu. Der zweite Schwerpunkt Ihrer Position war: Nehmen wir die Gefahr des sich abzeichnenden europäischen Zentralismus sehr ernst. Ich will damit unterstreichen: Viele Ihrer Positionen lesen sich aktueller, als es so den Anschein hat.

Ich hatte stets etwas gegen politische Absichtserklärungen, deren politische Umsetzung von vornherein nur schwer möglich war. Nur weil es gerade dem Zeitgeist entsprach. Auch die europäische Christdemokratie war nicht frei von Entwicklungen, die aus dem Zeitgeist heraus geboren wurden. Oftmals klingt alles juristisch sehr sauber, aber da muss man immer aufpassen. Ich bin zwar als Katholik kein Rechtspositivist, aber natürlich habe ich Hans Kelsen⁴⁰ studiert: „Recht ist eine soziale Technik zur Erreichung beliebiger Ziele“. Das gilt auch für alle Vertragstechniken.

Wie sehen Sie im historischen Rückblick den Einfluss der EUCD, die in Österreich auch immer eine relativ bedeutende Rolle spielte, auf die Politik der ÖVP?

39 | Fritz Bock (1911–1993), österreichischer Politiker und Mitbegründer der ÖVP, 1956–1966 Handels- und Wiederaufbauminister, 1966–1968 Handels-, Gewerbe- und Industrieminister und Vizekanzler.

40 | Hans Kelsen (1881–1973), österreichischer Rechtswissenschaftler und Jurist, gilt als einer der Väter der österreichischen Verfassung von 1920, die in großen Teilen immer noch in Kraft ist.

Freilich muss man sehen, dass sich vieles, von dem hier die Rede ist, auch vor dem Hintergrund der politischen Veränderungen in Europa abspielte. Mitte der 1970er Jahre fanden in Spanien und Portugal einschneidende gesellschaftspolitische Veränderungen statt. Es war so vieles im Fluss, das die internationalen Beziehungen und somit auch die transnationalen Parteikooperationen entscheidend beeinflusste. Schließlich war auch die SI mit Willy Brandt, Olof Palme und „unserem“ Bruno Kreisky – auch wenn es heute zu hoch bewertet wird – ein Parteienbündnis, das es verstand, Themen vorzugeben. Andererseits hatte uns Spanien und Portugal die Chance gegeben, der SI hinsichtlich Menschenrechte und politischer Zukunftsmodelle die Stirn zu bieten. Die Treffen in Kleßheim waren damals der Beginn. Die eigentliche Gründungssitzung fand im Palais des damaligen belgischen Premierministers Leo Tindemans in Brüssel statt und da nahmen Thatcher, Strauß, Kohl und ich teil. Leo Tindemans war einer der großen Unterstützer dieser Treffen, wurde dann aber „abgedreht“, weil die britischen Konservativen, damals unter Thatcher, dabei waren. Denn die belgischen Christdemokraten kamen aus der Gewerkschaft und die belgischen Gewerkschafter wollten keine Konservativen dabeihaben. Die Belgier haben die CDU, ebenso die CSU und die ÖVP akzeptiert, aber nicht die britischen Tories und daraufhin ist Leo Tindemans, der einer der Mitinitiatoren war – die Initiative ging, das möchte ich hier schon betonen, von uns aus – innerparteilich in Belgien enorm unter Druck geraten. Ich möchte damit nur die Vielschichtigkeit und auch die Fragilität der Parteienzusammenarbeit unterstreichen.

Dann gab es noch eine zweite interessante Geschichte im Zusammenhang mit den Intergrations-Bestrebungen der Schweiz und mit unserer Schwesterpartei CVP. Die Schweiz verfolgte, bei allem was sie tat, konsequent eigene Interessen, d. h. vor allem wirtschaftliche Sicherheit. Wir Österreicher haben gesagt, dass wir zurzeit nicht in die EU hineinkommen – wir können im Augenblick nicht. Die Meinung in der Schweiz war damals schon explizit eine andere: Die Schweizer mit ihrem direktdemokratischen System haben im zentralistischen Europa keinen Platz. Und da haben wir in der ÖVP gesagt, dass wir versuchen sollten, eine Art „Alpenbarriere“ zu schaffen. Wir können alles mit der EG regeln, weil sie uns brauchen, wenn die Schweiz und Österreich näher zusammengehen. Das war ein Versuch. Dann aber wurden sowohl die Vertreter dieser Vision in der CVP als auch ich in der ÖVP in unseren jeweiligen Parteivorständen niedergestimmt, weil dort keine Mehrheit war, die das begriffen hätte. Wir sind gewissermaßen an den Europavisionären oder

sagen wir ruhig „Integrationsfanatikern“ gescheitert, die seit jeher nicht in Alternativen dachten. Wir hätten damals mit diesem Modell Fakten geschaffen, an denen niemand vorüber hätte können.

Ich hatte ein enges Verhältnis zu Franz Josef Strauß. Strauß war sehr intelligent, sehr gebildet. Sein Vater war Fleischhauer so wie meiner auch und CVer (Cartellverband der katholischen Studentenverbindungen) waren wir beide und Strauß hatte noch dazu das Talent, dem Volk auf das Maul schauen zu können. Das Private hat wie immer in der Politik eine große Rolle gespielt. Wir waren seitens der ÖVP mit Helmut Kohl auch sehr gut. Kohl hatte in schwierigen Einzelfragen öfter recht, nicht Strauß. Kohl war ein ganz anderer Typ, ein Instinktpolitiker und sehr gebildet, er war Historiker, hatte historische Kenntnisse. Ich hörte bei Parteiführertreffen oftmals zu, wenn sich die beiden stritten. Sie konnten sich bekanntlich nicht so gut leiden. Aber ich muss sagen, bei aller Sympathie zu Strauß, der besonders intellektuell war, Helmut Kohl war inhaltlich erfolgreicher. Andererseits hat Strauß oftmals mehr Visionen gezeigt als Kohl. Auch in der Einschätzung gewisser internationaler Entwicklungen. Manche haben das als eine Art Sprunghaftigkeit von Strauß gesehen. Doch Tatsache war, diese „Phantasie“ hat uns Österreichern gut getan und auch die Nähe zur CSU und zu Bayern weiter intensiviert. Es fand im Laufe des Jahres 1979 eine Diskussion statt, Strauß – damals Ministerpräsident von Bayern – war außer sich vor Ärger. Kohl war Oppositionsführer im Deutschen Bundestag und hatte innenpolitisch große Schwierigkeiten. Ich war Oppositionsführer in der ÖVP und wir trafen uns bei einem Parteiführertreffen in Tirol. Helmut Kohl sagte am Rande der Tagung plötzlich zu mir: „Wisst ihr, egal wie das zugehen wird, ich werde Bundeskanzler, weil der Genscher wird die Koalition verlassen und ich werde Bundeskanzler“. Und weiters sagte er noch: „Ich werde es vielleicht nicht erleben, aber die deutsche Wiedervereinigung kommt“. Die FDP war ja damals – 1978/79 – noch in einer Koalition mit der SPD unter dem wirklich sehr gescheiterten Kanzler Helmut Schmidt. Schmidt war für mich ein außerordentlich guter Politiker. Und Helmut Kohl hatte recht: Zwei Jahre später war er deutscher Bundeskanzler und jetzt kam der Konflikt innerhalb der Union auf eine andere Ebene, aber wiederum zum Nachteil Deutschlands. Die guten Ergebnisse der CDU kamen von der deutlichen absoluten Mehrheit im großen Bundesland Bayern, die sich die CSU erkämpft hatte. Die hatte immer mehr als die Hälfte der Stimmen, hohe Wahlbeteiligung, und das hat der CDU immer eine gemütliche relative Mehrheit gegeben, aber sie war selbst nie in der Lage, die absolute Mehrheit zu

kriegen und Franz Josef Strauß hatte die absolute Mehrheit und glaubte, er könne die Bevölkerung auch außerhalb Bayerns „drehen“ und auch im deutschen Norden reüssieren. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht.

Franz Josef Strauß war natürlich in Bayern ein „König“, auch durch seine barocke Erscheinung. Kohl konnte sich nie so geben und wollte es vielleicht auch nicht.

Noch eine Frage zu den italienischen Partnern, die ja zuvor schon in einer anderen Rolle angesprochen worden sind. Welche Rolle hat die DC bei diesen Parteikooperationen gespielt? Es liest sich in zahlreichen historischen Darstellungen oftmals so, als wäre das Einvernehmen zwischen der DC in Rom und der ÖVP über weite Strecken ein sehr Inniges gewesen.

Südtirol stand immer ein wenig dazwischen, aber es war ein arbeitsfähiges Verhältnis. Negative Beispiele gab es freilich auch genug. Das habe ich mit dem Beispiel zuvor ja bereits angedeutet. Sehr gut gemacht hat es unser Botschafter Ludwig Steiner, der auch Staatssekretär war, der die Kontakte gehalten hat. Prof. Roland Riz⁴¹, einer der intelligentesten Südtiroler Politiker, SVP-Obmann nach Dr. Silvius Magnago⁴², Mitglied des italienischen Senats, Rechtsanwalt, Universitätsprofessor, sagte mir damals: „Wenn Österreich in die EU kommt, ist dieses Thema erledigt. Den Bauern in Südtirol geht es schon sehr gut, besser als bei euch.“ Ein Geschäftsmann aus Südtirol meinte damals zu mir: „Im Herzen sind wir alle Österreicher, aber das Beste wäre, nachdem Liechtenstein ja viel zu klein ist, dass Südtirol in die Position von Liechtenstein kommen würde und es könnte zum Finanzzentrum von Europa werden.“

Wie sieht Ihre Einschätzung zum Schicksal der DC aus?⁴³ Kann man darin eine Warnung an andere christdemokratische Parteien in Europa sehen? Die DC war eine über Jahrzehnte geformte staatstragende Partei mit enormen Ressourcen und Verbindungen.

41 | Roland Riz (geb. 1927), südtiroler Rechtswissenschaftler und Politiker der SVP, 1991/92 Obmann der SVP.

42 | Silvius Magnago (1914–2010), Südtiroler Politiker der SVP, 1960–1989 Landeshauptmann von Südtirol.

43 | Die DC beschloss nach Ermittlungen der Staatsanwalt wegen Korruption gegen zahlreiche hohe Parteifunktionäre und der nachgewiesenen Schuld jener Akteure im Januar 1994 ihre Auflösung und Umbenennung in PPI, die sich in der Folge weiter aufspaltete.

Vielleicht sind die italienischen Freunde schlussendlich gerade daran gescheitert. Die staatstragende Rolle muss immer neu erarbeitet werden, um sie sich als Partei wirklich zu verdienen. Hier rate ich allen Politikern zu großer Vorsicht. Schauen Sie sich doch den Rückgang der CVP in der Schweiz an und letztlich auch jenen der CDU/CSU in Deutschland. Dass die CDU/CSU im Moment in den Umfragen bei ca. 33 bis 34 Prozent liegt, ist doch für eine christdemokratische europäische Volkspartei nicht so lustig und uns in Österreich geht es nicht viel besser.

Die Democristiani, sie haben soviel ich weiß, 13 *correnti*⁴⁴ – nun ja, da ist die Uneinigkeit Programm.

Das war aber in den 1970er Jahren, speziell in der Zeit von der wir jetzt reden, gänzlich anders. Ich bleibe bei den österreichischen Beziehungen zu Deutschland. Die gemeinsame Sprache verbindet selbstverständlich, allen historischen Ressentiments zum Trotz. War die ÖVP gelegentlich ein „politisches Feigenblatt“? Haben uns die Deutschen von Fall zu Fall tatsächlich gebraucht oder haben wir in dieser Nutzgemeinschaft schon eigene, klar definierte Ziele gehabt?

Ich habe mich immer für einen österreichischen Patriot gehalten und bin auch heute ein überzeugter Österreicher und fühle mich sehr wohl in dieser Position. Aber unsere Geschichte sollten wir nicht verleugnen.

Außenpolitik war stets ein sehr durchlässiger Bereich. Um noch einen Namen zu nennen: Franz Karasek⁴⁵ und auch Andreas Khol. Karasek bestimmte gerade in den 1970er Jahren die außenpolitische Ausrichtung der ÖVP entscheidend mit. Bitte um Ihre kurze Einschätzung!

Franz Karasek, ein Mitglied des CV, so wie ich, war ein sehr gescheiter Mann, den ich gut gekannt habe. Er war aber kein Typ für Bundeskanzler Klaus. Karasek ist ein sehr talentierter Mann gewesen, aber eben ein „Weltösterreicher“. Er hat dann aber eine große Karriere gemacht, er war Generalsekretär des Europarates, aber das, was er werden wollte, nämlich Außenminister der Republik Österreich, ist er nicht geworden.

44 | Italienisch für „Flügel“.

45 | Franz Karasek (1924–1986), österreichischer Diplomat und Politiker der ÖVP, 1970–1979 Mitglied des Nationalrats, 1979–1984 Generalsekretär des Europarats.

Er wäre sicher ein exzellenter Außenminister geworden, ebenso wie Ludwig Steiner.

Außenminister wurden auch andere nicht, die selbst große Ambitionen darauf hatten. Andreas Khol wurde immerhin Nationalratspräsident und war ein guter Direktor der Politischen Akademie, Außenminister aber nicht.

Die EVP war eigentlich eine Gemeinschaft, der Österreich ja nur eingeschränkt, als Beobachter, angehörte. Zwei Jahre später, 1978, folgte dann die Gründung der EDU, wo Österreich dann wieder dabei war.

Wir sind gescheitert bei unseren Beitrittsbemühungen zur EG, aber irgendwo mussten wir uns doch verankern. Irgendwo musste das Gefühl entstehen: Wir gehören dazu und sind nicht wieder in der Vorzimmerrolle. Aber freilich muss man zugeben – und wir haben das auch damals Mitte der 1970er Jahre so empfunden – die Gründung der EVP war für die ÖVP keine leichte Sache. Die EVP hat die transnationalen Parteikooperationen endgültig geteilt. Von nun an gab es auch in der internationalen Parteizusammenarbeit ein „Integrationseuropa“ und eben die anderen, die draußen waren.

Warum glauben Sie ist Europa heutzutage politisch so unpopulär?

Das kann ich schon erklären: Zunächst reden sich die nationalen Regierungen ununterbrochen auf Europa aus. Viele unpopuläre Entscheidungen haben nicht unbedingt europäische Solidarität zur Folge und die Sensibilität ist in Brüssel nicht besonders stark ausgeprägt.

Man darf aber auch nicht die globale Betrachtung aus den Augen verlieren: Europa ist ja nur eine „Halbinsel“ von Asien. Europa hat kaum Bodenschätze, dafür aber noch immer das mit Abstand höchste Bildungsniveau und bei uns ist das politische System der demokratischen Entfaltung entwickelt worden.

Es ist eine historische Tatsache, es hat viele Völker und Länder in Europa gegeben, die Jahrhunderte lang miteinander Krieg geführt haben. Somit hatte Europa die einzige ökonomische Chance, durch einen Zusammenschluss eine politische Bedeutung zu behalten. Die Hindernisse, die diesem Fernziel auch entgegenstehen, sind m. E., dass Engländer und Franzosen – so meine ich – noch immer glauben, dass sie Welt-

mächte sind. Sie sind aber höchstens Mittelmächte. Man muss doch erkennen, wie sich die Welt zueinander aufstellt. Wir sind ungefähr 500 Millionen Europäer auf vier Millionen Quadratkilometer. Damit lässt sich schon gestalten, auch wenn die europäische Politik genauso erst damit umgehen lernen muss wie die europäische Bevölkerung.

Herr Dr. Taus, vielen Dank für dieses Gespräch!